

Absender
(Beschwerdeführer gemäss Liste)

EINSCHREIBEN
Adresse Verwaltungsgericht
Adresse
PLZ Ort

Ort, Datum

- I. **Aberkennung der Rechtswirksamkeit des sogenannten «Regierungsratsbeschlusses Nr. xxx vom (Datum) in Sachen Baurecht (Baubewilligung) xxx » (oder ähnlich, anpassen)**
- II. **Aufforderung zum Nachweis hoheitlicher Handlungsbefugnisse des «Verwaltungsgerichts des Kantons xxx» und seiner Funktionäre sowie sämtlicher «Vorinstanzen»**
- III. **Ankündigung von Pönalen**
- IV. **Vorsorgliche fristgerechte Beschwerde gegen den «Regierungsratsbeschluss Nr. xxx vom (Datum) in Sachen Baurecht (Baubewilligung) xxx » (oder ähnlich, anpassen)**

Sehr geehrter Herr Verwaltungsgerichtspräsident
Sehr geehrte Mitglieder des Verwaltungsgerichts des Kantons xxx

- I. **Aberkennung der Rechtswirksamkeit des sogenannten «Regierungsratsbeschlusses Nr. xxx vom (Datum) in Sachen Baurecht (Baubewilligung) xxx » (oder ähnlich, anpassen)**

Wie ich (wir) zwischenzeitlich zur Kenntnis nehmen musste(n), erfolgte eine heimliche und illegale Umwandlung des Regierungsrates des Kantons xxx in eine gleichnamige Kapitalgesellschaft, resp. Tochtergesellschaft des (ebenfalls verdeckt und illegal in eine Firma umgewandelten) Kantons xxx. Ebenso wurde auch die Schweizerische Eidgenossenschaft staatsstreichartig, heimlich und illegal in eine holdingmässig strukturierte Muttergesellschaft namens «Schweizerische Eidgenossenschaft» mit Sitz im Ausland umgewandelt.

Ich (**wir**) mache(n) geltend, dass deshalb jede «*Verfügung*» und jeder Beschluss – d.h. auch der rubrizierte – und jede weitere Handlung von Funktionären dieser nur noch vorgeblich hoheitlich legitimierten, lediglich pseudostaatlichen Institutionen ungültig ist.

Mit anderen Worten:

Der «*Regierungsratsbeschluss Nr. xxx vom (Datum) in Sachen Baurecht (Baubewilligung) xxx* » (oder *ähnlich, anpassen*) kann nicht in Rechtskraft erwachsen, da er nicht von einer rechtsstaatlich legitimierten Beschwerdeinstanz gefällt wurde.

Beilagen:

- 1 «*Regierungsratsbeschluss Nr. xxx vom (Datum) in Sachen Baurecht (Baubewilligung) xxx*» (oder *ähnlich, anpassen*)
- 2 Beweis der illegalen Umwandlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft in eine gleichnamige Holding/Kapitalgesellschaft «*Schweizerische Eidgenossenschaft*»
- 3 Beweis der illegalen Umwandlung des Kantons *xxx* in eine gleichnamige Kapitalgesellschaft «*Kanton xxx*»

Ich bin (**wir sind**) veranlasst, die Rechtswirksamkeit des mir (**uns**) von Ihnen am *Datum* zugestellten, rubrizierten, sogenannten «*Regierungsratsbeschlusses Nr. xxx vom (Datum) in Sachen Baurecht (Baubewilligung) xxx* » (oder *ähnlich, anpassen*) sowie die Befugnis der Firma «*Verwaltungsgericht des Kantons xxx*» zur Behandlung der vorliegend **vorsorglich dennoch fristgerecht eingereichten Beschwerde** gegen den genannten «*Beschluss*» aus folgenden Gründen abzuerkennen:

1.

1.1 Als die staatlichen Organe und Instanzen der Schweiz unter Verletzung der Vorgaben für rechtskonforme Firmengründungen heimlich umgewandelt wurden, erfolgte **keine Übertragung der hoheitlichen Befugnisse an diese Firmen**. Mit der illegalen, verdeckten Umwandlung **erloschen die vormals bestehenden hoheitlichen Befugnisse gänzlich**. Das heisst, auch die von Ihnen beanspruchte Legitimation, als Funktionäre der Firma «*Verwaltungsgericht des Kantons xxx*» hoheitliche Entscheide fällen zu können, wird lediglich noch amtsanmassend vorgetäuscht. Sie ist inexistent.

1.2 Dasselbe gilt für die nur vorgetäuschte hoheitliche Befugnis von «*Staatsschreiber*» *xxx*, der den rubrizierten, hiermit vorsorglich angefochtenen «*Regierungsratsbeschluss*» mitunterzeichnete und diejenige der *Gerichtsschreiber*» der Firma «*Verwaltungsgericht des Kantons xxx*».

2. Mit dem «*Regierungsratsbeschlusses Nr. xxx vom (Datum) in Sachen Baurecht (Baubewilligung) xxx* » (oder *ähnlich, anpassen*) wurde mein (**unser**) verfassungsmässig garantierter Anspruch auf die Einhaltung der Grundrechte durch ALLE Handlungen ALLER staatlichen Organe und Instanzen elementar verletzt, vgl. auch II. Ziff. 7 und 8, nachfolgend. Gemäss Art. 5 der Bundesverfassung ist Grundlage und Schranke staatlichen Handelns das Recht, und gemäss Art. 9 BV habe ich (**haben wir**) Anspruch auf Schutz vor Willkür staatlicher Organe und auf die Wahrung von Treu und Glauben.

Insbesondere verlangt das Schweizer Recht, dass 4 Bedingungen bei der Gründung von Kapitalgesellschaften erfüllt sein müssen, die jedoch bei den illegalen Umwandlungen der staatlichen Instanzen und Organe in eine Holdingstruktur elementar verletzt wurden:

- a. Entscheid des hierzu befugten Organs (hier: des Volkes): erfolgte nicht!
- b. Veröffentlichung im Schweizerischen Handelsamtblatt: erfolgte nicht!
- c. Veröffentlichung der Handlungsbevollmächtigten mit Datum des Eintritts/Austritts und Angabe der Handlungsbefugnisse: erfolgte nicht!
- d. Eintrag ins HR: erfolgte nicht!

3.

3.1 Gemäss Art. 287 StGB wird mit Busse oder Gefängnis bestraft, wer sich in rechtswidriger Absicht die Ausübung eines Amtes oder militärischer Befehlsgewalt anmassst.

3.2 Die bereits erfolgten, tausendfachen, verdeckten Umwandlungen von staatlichen Institutionen und Organen stellen schwerste Angriffe auf die verfassungsmässige Ordnung unseres Landes dar (Verletzung von Art. 275 StGB). Sie waren und sind *«darauf gerichtet, die verfassungsmässige Ordnung der Eidgenossenschaft oder der Kantone rechtswidrig zu stören oder zu ändern»*.

3.3 Entsprechend ist die illegale, verdeckte Umwandlung der staatlichen Organe und Institutionen in (notabene unvollständig gegründete) Kapitalgesellschaften nichts weniger als ein Staatsstreich 'von oben', der offensichtlich sukzessive zur Ausschaltung des gesamten Rechtsstaates führen sollte.

4.

4.1 In Anbetracht der Tatsache, dass auch Staatsanwaltschaften, Gerichte, Betreibungsämter, Polizei etc. infolge der verheimlichten Umwandlungen in Kapitalgesellschaften nur noch illegal tätige Firmenkonstrukte sind, hoheitliche Befugnisse aber noch weiterhin vortäuschen, wird die Ahndung dieser Verbrechen erst nach der Rückabwicklung der illegalen Umwandlungen stattfinden. Diese steht jedoch in nächster Zeit bevor.

4.2 Die kriminellen Umwandlungs-Akte werden nun noch vor der geplanten finalen Ausschaltung des Nationalstaates gestoppt. Das perfekte Verbrechen gelingt nicht, denn die Beweise der geschilderten illegalen Handlungen sind erbracht, die Verantwortlichen werden zur Rechenschaft gezogen und die transparente Rückabwicklung ist unausweichlich.

5. Alle Funktionäre dieser illegal tätigen Firmen (welche in betrügerischer Absicht gleichlautende Namen wie die vormaligen staatlichen Instanzen und Organe tragen, die einst mit hoheitlichen Befugnissen ausgestattete Teile des Rechtsstaats-Systems waren), sind **privat haftbar** für die begangenen Amtsanmassungen, die gravierende Verletzung von Verfassung und Gesetzen und ihre Mittäterschaft bei der ultimativ beabsichtigten Zerstörung des Rechtsstaates.

II. Aufforderung zum Nachweis hoheitlicher Handlungsbefugnisse des «*Verwaltungsgerichts des Kantons xxx*» und seiner Funktionäre sowie sämtlicher «*Vorinstanzen*»

6. Sollten Sie wider Erwarten der Meinung sein, die Umwandlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, des Kantons xxx, des Regierungsrates des Kantons xxx, des Gemeinderates xxx sowie all ihrer angegliederten (übergeordneten und untergeordneten) Organisationseinheiten in Kapitalgesellschaften gleichen Namens sei rechtmässig erfolgt und die Befugnis zu hoheitlichem Handeln der jeweiligen Firmenfunktionäre sei nicht erloschen, so fordere ich (*fordern wir*) von Ihnen innert 20-Tagesfrist seit Zustellung dieses Schreibens umfassende und beglaubigte schriftliche Auskunft zu folgenden Fragen:
- a. Sitz und Rechtsform der Firmen «*Gemeinderat xxx*» und «*Kanton xxx*» sowie all ihrer angegliederten (übergeordneten und untergeordneten) Organisationseinheiten sowie vollständige Adressen der Handlungsberechtigten;
 - b. Daten der ersten Handelsregistereinträge der Firmen «*Gemeinderat xxx*» und «*Kanton xxx*» und all ihrer angegliederten (übergeordneten und untergeordneten) Organisationseinheiten, die entsprechenden Handelsregisternummern, UID-Nummern, Daten der Eintragung der heutigen Rechtsform mit Angaben von Daten und Nummern der jeweiligen Ausgaben des SHAB, in welchen die Publikationen ordnungsgemäss erfolgten;
 - c. Angabe der Eintragungsdaten und Nummern der Ausgaben des SHAB, in welchen die verantwortlichen Handlungsbevollmächtigten der Firmen «*Gemeinderat xxx*» und «*Kanton xxx*» sowie all ihrer angegliederten (übergeordneten und untergeordneten) Organisationseinheiten publiziert wurden;
 - d. Eigentümer der Firmen «*Gemeinderat xxx*» und «*Kanton xxx*» sowie all ihrer angegliederten (übergeordneten und untergeordneten) Organisationseinheiten, insbesondere auch der Firma «*Verwaltungsgericht des Kantons xxx*» und der Holding «*Schweizerische Eidgenossenschaft*»;
 - e. Nachweis der hoheitlichen Legitimation der Funktionäre der in Ziff 6a-d genannten Firmen, mit Angaben darüber, von wem, wie, wofür und wann ihr die Rechte zur Vornahme hoheitlicher Handlungen übertragen wurden, lautend auf welchen Staat, mit welcher Eidesformel, sowie wann und von wem die Vereidigung durchgeführt wurde;
 - f. Analoger Nachweis für den-/diejenigen, welche(r) den Funktionären der in Ziff. 6a-d genannten Firmen in ihrer heutigen Zusammensetzung die Legitimation zu hoheitlichen Handlungen erteilt hat/haben, insbesondere, von wem, wie, wofür und wann diesen Überträgern «*hoheitlicher Rechte*» (direkt höhere und folgend höhere Rechtsträger) die entsprechenden Befugnisse übertragen wurden, lautend auf welchen Staat und mit welcher Eidesformel, sowie wann und von wem die Vereidigung dieser Rechtsträger als Überträger hoheitlicher Rechte und Pflichten durchgeführt wurde.
 - g. Mit handschriftlicher Angabe des Datums und der jeweiligen Funktion sowie mit Original-Unterschriften (Vor- und Nachname) ist von sämtlichen aktuellen Funktionären zu bestätigen, dass die Angaben vollständig sind und vollumfänglich der Wahrheit entsprechen.

7.

- 7.1 Ich muss (**Wir müssen**) davon ausgehen, dass Sie nicht in der Lage sein werden, die Rechtmässigkeit der (effektiv illegalen) und verdeckten Umwandlungen gemäss den Ziffern 6 a-g zu beweisen.
- 7.2 Entsprechend fordere ich (**fordern wir**) Sie auf, mir (**uns**) innert 20 Tagen nach Eingang dieser Beschwerde eingeschrieben zu bestätigen, dass sämtliche in rubrizierter Sache bisher erfolgten Entscheide als nichtig erklärt werden, resp. dass diese als gegenstandslos zu betrachten sind und die Firma/Organisationseinheit «*Verwaltungs-gericht des Kantons xxx*» ebenso wie alle sich bisher amtsanmassend als «*Vorinstanzen*» ausgehenden Funktionäre wegen fehlender hoheitlicher Handlungslegitimation inskünftig jegliche Tätigkeit in diesem Zusammenhang unterlassen werden.
- 7.3 Weiter ist mir (**uns**) mit diesem Schreiben zu bestätigen, dass die Fristen für die Behandlung des rubrizierten Beschwerdeverfahrens so lange angehalten werden, bis nachweislich in jeder Hinsicht hoheitlich legitimierte Instanzen diese Beschwerde rechtskonform behandeln können, da der Staat aktuell über keine legitimierte Verwaltungs- und Justizorgane mehr verfügt, weil die verfassungsmässige Ordnung strafrechtsrelevant (Art. 275 StGB) zerstört wurde.

III. Ankündigung von Pönalen

8.

- 8.1 Zusammenfassend rüge ich (**rügen wir**) die elementare Verletzung unseres Anspruchs auf rechtskonforme Beschwerdebehandlung gemäss dem Legalitätsprinzip (Art. 5 BV). Wir rügen auch die Zerstörung des verfassungsmässigen Schutzes vor Willkür und der Garantie von Treu und Glauben (Art. 9 BV) durch die geschilderten illegalen Umwandlungen der staatlichen Institutionen in illegal tätige Firmen, welche hoheitliche Befugnisse amtsanmassend und betrügerisch nur noch vortäuschen, aber für den uns betreffenden Beschwerdeentscheid gar nicht zuständig sind.
- 8.2 Bis zum Zeitpunkt, an dem wieder hoheitlich legitimierte Justizbehörden/Gerichtsinstanzen eingesetzt und handlungsfähig sind, erleide ich (**erleiden wir**) erheblichen Schaden aus der Verzögerung, resp. aus amtsanmassend getroffenen, ungültigen und wie vorliegend massiv rechtsverletzenden Anordnungen und Urteilen. Die Verzögerung eines hoheitlich legitimierten, regulären, rechtskonformen, abschliessenden Gerichtsurteils schädigt mich (**uns**) nicht nur finanziell, es erwächst mir (**uns**) daraus zudem erheblicher Zeit- und Arbeitsaufwand und hohe psychische Belastung aus dem Verfahrensverwirrspiel, bei dem die «*Vorinstanzen*»-Firmenfunktionäre mit dem Beschwerdegegner offensichtlich rechtsverletzend gemeinsame Sache machten (vgl. die nachfolgende Darstellung des rechtlichen und materiellen Sachverhalts in der vorsorglichen Beschwerde).
- 8.3 Alle Angestellten/Funktionäre der illegal gegründeten Firma «*Verwaltungsgericht des Kantons xxx*» und der illegal handelnden, privaten «*Vorinstanzen*», welche über keinerlei hoheitliche Entscheidungsbefugnisse verfügen (da solche wie dargelegt nie rechtmässig übertragen wurden), sind **privat haftbar für all ihr Tun und Lassen namens dieser Firmen**. Insbesondere gilt

dies auch bezüglich der Unterzeichnung von vorgeblichen «*Verfügungen*», «*Verfahrensordnungen*», «*Beschlüssen*» etc. sowie bezüglich einer allfälligen Verweigerung der unter Ziff. 7 geforderten Bestätigungen und aller durch die geschilderten Umwandlungen verursachten Schädigungen, die sich aus Verfahrensverzögerungen ergeben.

- 8.4 Seit der illegalen Umwandlung gilt gegenüber allen Bewohnern der Schweiz und damit auch mir (**uns**) gegenüber effektiv nur noch das Handelsrecht. Das heisst, alle stehen seither auf derselben Hierarchiestufe, und jedes weitere Handeln der involvierten Funktionäre stellt ein Angebot im Sinne eines handelsrechtlich verbindlichen Vertrags dar.
- 8.5 Entsprechend gebe ich (**geben wir**) Ihnen hiermit meine (**unsere**) **Vertragsbedingungen (AGBs)** bekannt, in welche Sie als vorgebliche «*Richter*» und sämtliche involvierten Funktionäre (nachfolgend aufgeführt gemäss den Angaben auf der Webseite des «*Verwaltungsgerichts xxx*», abgerufen am 15.5.2022) mit Ihren Handlungen eintreten.

Dies betrifft für die Firma «*Verwaltungsgericht des Kantons xxx*» namentlich:

Die «*Richter und Richterinnen*»

- [Xxx Hier aufführen mit Name und Funktion gemäss Webseite des Verwaltungsgerichts](#)

Die «*Gerichtsschreiber und Gerichtsschreiberinnen*»

- [Xxx Hier aufführen mit Name und Funktion gemäss Webseite des Verwaltungsgerichts](#)

Die Funktionäre des «*Gerichtssekretariats*»

- [Xxx Hier aufführen mit Name und Funktion gemäss Webseite des Verwaltungsgerichts](#)

Die hier namentlich Genannten willigen **mit jeder weiteren amtsanmassenden Handlung** unmittelbar wie folgt in meine (**unsere**) Vertragsbedingungen ein:

Vertragsbedingungen

- a. Wird meinen (**unsere**) Forderungen Ziff. 6 und 7 vollumfänglich entsprochen, so willigen damit die involvierten, in Ziff. 8.5 genannten Funktionäre der Firma «*Verwaltungsgericht des Kantons xxx*» ein, mir (**uns**) als pauschale Umtriebsentschädigung und Wiedergutmachung eine Pönale von pauschal **Fr. 100'000.-**¹ bis spätestens (**Datum**) zu bezahlen. Dies unter Ausschluss jeglicher Auflagen/Bedingungen und per Saldo aller Ansprüche.
- b. Sollten Sie das rubrizierte Verfahren trotz Ihrer fehlenden hoheitlichen Befugnis amtsanmassend fortsetzen, willigen Sie – und alle weiteren involvierten Funktionäre /

¹ Ich behalte mir (**Wir behalten uns**) vor, die Auszahlung der genannten Beträge in Gold gemäss dem heutigen Gold-Wechselkurs einzufordern.

Mitunterzeichner einer allfälligen «Anordnung» oder anderen pseudorichterlichen Handlung in rubrizierter Sache – ein, eine Pönale von je Fr. 200'000.-¹ pro Handelndem an mich (an jeden Beschwerdeführer²) zu bezahlen.

- c. Je länger der illegale Zustand dauert, desto höher wird die Strafzahlung insgesamt, d.h. es beginnt ab dem (Datum) zusätzlich eine Zeitgebühr (wegen Verzögerung des mir (uns) zustehenden rechtmässigen Gerichtsentscheids) zu laufen, die erst endet, wenn die Sache von einem legitimierten Gericht rechtskonform entschieden wurde. Die Zeitgebühr pro Kalendertag beträgt Fr. 100.-¹ pro Handelndem an mich (jeden Beschwerdeführer²).

Zahlungsbedingungen

- a. Die Pönalen werden mit den entsprechenden Handlungen fällig. Alle Beteiligten haften solidarisch, wobei ich (wir) die Rechnungen vorerst an das «Verwaltungsgericht des Kantons Schwyz» stellen werde(n). Allenfalls müsste ich (müssten wir) privat Regress nehmen auf jeden einzelnen der namens dieser Firma Handelnden, mit je nach Verantwortlichkeit abgestuften Anteilen.
- b. Die Zahlungsfrist beträgt 30 Tage.
- c. Wird die Zahlungsfrist nicht eingehalten, so wird ab dem 31. Tag automatisch eine zusätzliche pauschale Verzugsgebühr von Fr. 100.-¹ pro Kalendertag und Handelndem, zahlbar an jeden Beschwerdeführer fällig.
- d. Es gilt das Bringprinzip. Die Übergabe muss mindestens 14 Tage vorher mit mir (uns) abgesprochen werden.

Das Definitionsrecht dieses Instruments liegt ausschliesslich bei mir (uns). Alle Rechte vorbehalten. Die Inkennnissetzung des Agenten ist die Inkennnissetzung des Prinzipals und die Inkennnissetzung des Prinzipals ist die Inkennnissetzung des Agenten.

IV. Vorsorgliche fristgerechte Beschwerde gegen den «RRB Nr. xxx vom Datum in Sachen xxx»

Obwohl ich (wir), wie oben dargelegt, das «Verwaltungsgericht des Kantons xxx» in seiner heutigen Rechtsform nicht als hoheitlich zur Beschwerdebehandlung legitimiert erachten, erheben wir hiermit **vorsorglich fristgerecht**

² Mit der Bezeichnung «Beschwerdeführer» sind sowohl die männlichen als auch die weiblichen Beschwerdeführenden gemeint.

Verwaltungsgerichtsbeschwerde

gegen den «RRB Nr. xxx vom Datum in Sachen Baurecht (Baubewilligung) / xxx»

zuhanden eines rechtsstaatlich legitimierten Verwaltungsgerichts

hier die vollständige Beschwerde in der Sache mit Anträgen und Begründungen einfügen

Schluss-Satz:

Sehr geehrter Herr Verwaltungsgerichtspräsident, sehr geehrte Mitglieder des Verwaltungsgerichts, der angefochtene vorinstanzliche Entscheid kann nach dem oben Gesagten keine Rechtswirkung entfalten.

Ich (Wir) ersuche(n) aus den obgenannten Gründen um antragsgemässen Entscheid.

Mit freundlichen Grüssen

Unterschrift (Beschwerdeführer gemäss Liste)

-
- 1 «Regierungsratsbeschluss Nr. xxx vom (Datum) in Sachen Baurecht (Baubewilligung) xxx» (oder ähnlich, anpassen)
 - 2 Beweis der illegalen Umwandlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft in eine gleichnamige Holding/Kapitalgesellschaft «Schweizerische Eidgenossenschaft»
 - 3 Beweis der illegalen Umwandlung des Kantons xxx in eine gleichnamige Kapitalgesellschaft «Kanton xxx»